



Haushalts- und Finanzausschuß

27. Sitzung (nicht öffentlich)

7. November 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 14.00 Uhr

Vorsitz: Leo Dautzenberg (CDU)

Stenografen: Michael Endres, Günter Labes-Meckelnburg

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 12/1200 und 12/1390	
Vorlagen 12/901 bis 12/918 (zum Teil noch nicht verteilt)	1

In einem zweiten Beratungsdurchgang behandelt der Ausschuß die Einzelpläne auf der Grundlage der Vorlagen der Bericht-erstatte.

2 Noch nicht genehmigte über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben im Rechnungsjahr 1994

Antrag des Finanzministers

Vorlage 12/753

Beratungsergebnis des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Vorlage 12/890

Ohne Aussprache wird der Antrag des Finanzministers Vorlage 12/753 unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses des Parlamentarischen Kontrollgremiums Vorlage 12/890 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Berichterstatter: Lothar Niggeloh (SPD)

3 Über- und außerplanmäßige Ausgaben mit Beträgen von 50 000 DM und darüber im 3. Quartal des Haushaltsjahres 1996;

hier: **Genehmigung nach Artikel 85 Abs. 2 LV in Verbindung mit § 37 Abs. 4 LHO**

Antrag des Finanzministers

Vorlage 12/966

5

Nach eingehender Diskussion wird nach vorheriger Übereinkunft, laufende Nummer 3 der Vorlage 12/966 zu streichen, dem Antrag des Finanzministers mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU zugestimmt.

Berichterstatter: Rainer Lux (CDU)

4 Geplante Änderungen im Bereich von Besoldung und Versorgung unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Personalausgaben im Landeshaushalt

9

StS Gerlach (FM) berichtet und sagt auf Wunsch der CDU-Fraktion eine Unterrichtung des Ausschusses über den Versorgungsbericht des Bundes zu, sobald die Auswertung vorliegt.

**5 Infrastruktur erhalten und ausbauen, Arbeitsplätze sichern und erhalten
Private Finanzierung öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen für Investitionen und Arbeitsplätze nutzen!**

Antrag der CDU-Fraktion
Drucksache 12/1187

10

Nach eingehender Diskussion kommt der Ausschuß überein, dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie noch kein Votum zu übermitteln und diesen zu bitten, die Abstimmung ebenfalls auszusetzen, damit in die Beratungen der im Ausschuß für Haushaltskontrolle erwartete Bericht über Investorenverfahren einbezogen werden könne.

6 Sanierung und Modernisierung vor Neubau von Sportanlagen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1179

13

Der Ausschuß diskutiert über den Antrag und kommt überein, ihn im Rahmen der laufenden Haushaltsberatungen zu behandeln.

Seite

7 Landesbürgschaften im 1. Halbjahr 1996

Vorlage 12/866

14

Der Ausschuß nimmt nach kurzer Aussprache die Vorlage 12/866 zur Kenntnis.

8 Lehr- und Weiterbildungsstätte "Haus Bommerholz"

Vorlage 12/759

Der Ausschuß nimmt die Vorlage 12/759 ohne Aussprache zur Kenntnis.

(Kein Diskussionsteil)

9 Aufhebung einer qualifizierten Sperre im Einzelplan 15 (Kapitel 15 820 Titel 685 60) - Orchesterförderung

Vorlagen 12/896, 12/959 und 12/980

15

Der Ausschuß beschließt mit den Stimmen von SPD und einigen Stimmen der CDU bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einigen Enthaltungen aus der CDU-Fraktion die Aufhebung der Sperre bei Kapitel 15 820 Titel 685 60 gemäß § 36 Satz 2 in Verbindung mit § 22 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung in Höhe von 1,3 Millionen DM.

Seite

**10 Einstellungszusagen für 1997 an Bewerber für den Vorbereitungsdienst
 verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie Einstellungszusagen an Bewerber
 für den Beruf "Verwaltungsfachangestellte/r"**

Vorlagen 12/946 und 12/982

19

Der Ausschuß nimmt nach einer Diskussion, in deren Verlauf er auch eine Protokollnotiz (*siehe Seite 19*) einvernehmlich verabschiedet, die Vorlage 12/946 einstimmig an.

11 Steuerfahndung bei der WestLB

20

Dem Bericht von Finanzminister Schleußer schließt sich eine Diskussion an.

12 Verschiedenes

**a) Schreiben des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Schwer-
 behindertenvertretungen**

Zuschrift 12/796

21

b) Schlüsselzuweisungen

22

**c) Besetzung der im Zusammenhang mit den befristeten Arbeitsver-
 trägen in der Steuerverwaltung eingerichteten kw-Stellen**

22

Der Ausschuß diskutiert darüber, in welcher Weise von den eingerichteten kw-Stellen Gebrauch gemacht wird.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzender Leo Dautzenberg im Namen des Ausschusses Herrn Gerlach als neuen Staatssekretär im Finanzministerium und wünscht ihm für das neue Amt viel Erfolg und geht von einer konstruktiven Zusammenarbeit mit diesem Ausschuß aus.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/1200 und 12/1390

Vorlagen 12/901 bis 12/918 (zum Teil noch nicht verteilt)

Zweiter Beratungsdurchgang der Einzelpläne auf der Grundlage der Vorlagen der Berichterstatter

Vorsitzender Leo Dautzenberg weist vorab darauf hin, daß der heutige Beratungsdurchgang dazu dienen solle, offengebliebene Fragen und Anmerkungen aus den Berichterstattergesprächen - soweit diese schon stattgefunden hätten - zu erörtern.

Des weiteren sollte aus organisatorischen Gründen bereits heute mit der Auswertung der Berichterstattergespräche begonnen werden.

Ferner teilt der Vorsitzende mit, daß die Tischvorlage "Übersicht über die noch offenen Aufträge aus den Berichterstattergesprächen zum Haushaltsplanentwurf 1997" ebenfalls als Beratungsunterlage diene. Im dem Zusammenhang weist er ausdrücklich darauf hin, daß alle offenen, aus der tabellarischen Übersicht ersichtlichen Fragen, die heute nicht mündlich zu klären seien, **bis zum 15. November 1996** dem Landtag schriftlich vorliegen müßten, damit auch die Fachausschüsse die Informationen in ihre abschließenden Beratungen einbeziehen könnten.

(Im folgenden sind nur die Einzelpläne aufgeführt, zu denen eine Aussprache stattgefunden hat.)

Einzelplan 01 Landtag

Vorsitzender Leo Dautzenberg schlägt bezugnehmend auf ein Schreiben des Präsidenten des Landtags an den Vorsitzenden des Hauptausschusses vom 24. September 1996 vor, das

Thema Enquêtékommisionen einmal zum Gegenstand der Erörterungen im Ausschuß zu machen, da sich vor dem Hintergrund weiterer in Rede stehender Enquêtékommisionen und des damit verbundenen finanziellen Aufwandes die Frage ihres sittlichen Nährwertes stelle, insbesondere wenn diese unter Umständen der Diskontinuität zum Opfer fielen.

Einzelplan 07
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Vorsitzender Leo Dautzenberg verweist vorab auf die Vorlage 12/970 des MAGS - Zwischenbericht des Institutes Arbeit und Technik zu START Zeitarbeit NRW GmbH - und schlägt aufgrund des kurzfristigen Eingangs dieser Vorlage vor, sie am 28. November 1996 zu behandeln. - Damit erklärt sich der **Ausschuß** einverstanden.

Einzelplan 10
Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Vorsitzender Leo Dautzenberg teilt einleitend mit, daß der Sachstandsbericht über das Programm "Arbeit und Umwelt" entgegen den Zusagen der Staatssekretärin Frau Friedrich und des Staatssekretärs Herrn Westermann in der Sitzung vom 18. April 1996, ihn nach der Sommerpause und somit rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen vorzulegen, noch nicht vorliege. Damit das Parlament Kenntnis erhalte, welche Programme und Haushaltsansätze betroffen seien, müsse der Bericht rechtzeitig vor der Sitzung am 28. November 1996 eingetroffen sein, um darüber beraten zu können. Er appelliere an StS Gerlach (FM), den Finanzminister zu bitten, sich nachdrücklich dafür zu verwenden, daß der Bericht rechtzeitig vorgelegt werde. - Dem pflichtet der **Ausschuß** bei. - **StS Gerlach (FM)** entgegnet, der Bericht sei bereits in den Grundzügen erarbeitet; gegenwärtig erfolge eine Abstimmung zwischen den beiden federführenden Häusern MURL und MWMTV. - **Vorsitzender Leo Dautzenberg** merkt an, das sei bereits der Stand in der Sitzung am 18. April gewesen. - Darüber hinaus sollte für die nächste Sitzung am 28. November geklärt sein, welches Ressort eventuelle Fragen der Abgeordneten beantworte.

Einzelplan 13
Landesrechnungshof

Peter Bensmann (CDU) vertritt bezüglich der globalen Minderausgabe in Höhe von 614 Millionen DM bei den Personalausgaben im Haushaltsplanentwurf 1997 den Standpunkt, daß sich bei einer anderen, nach seiner Auffassung haushaltsrechtlich gebotenen Darstellung das Haushaltsvolumen um 614 Millionen DM verringern würde. Im Entwurf seien Ausgaben dargestellt, obwohl man aufgrund der abgeschlossenen Tarifverträge wisse, daß sie nicht als Ausgaben benötigt würden. - **StS Gerlach (FM)** bezieht sich auf die Antwort des Finanz-

ministers in der letzten Sitzung und widerspricht ebenfalls der Darstellung des Abgeordneten.

MDgt Dr. Berg (FM) erläutert ergänzend, das Etatvolumen sei bereits aufgrund des Minusansatzes um 614 Millionen DM abgesenkt. Im übrigen handele es sich nicht um eine im Einzelplan 20 ausgewiesene globale Minderausgabe, bei der die Ausgabeart nicht zugeordnet sei. Im vorliegenden Fall stünden die auf die jeweiligen Einzelpläne verteilten Minderausgaben bei den Personalausgaben in Hauptgruppe 4; man habe sie lediglich noch nicht den vielen Einzeltiteln der Hauptgruppe 4 zuordnen können.

Einzelplan 15 Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Franz Riscop (CDU) geht auf Zeitungsberichte bezüglich der Pläne für das Ständehaus ein, wonach der "Traum vom Ständehaus" geplatzt sein solle, und erinnert daran, daß bis zur dritten Lesung dem Landtag die Vorlage einer Gegenfinanzierung zugesagt worden sei. - **StS Gerlach (FM)** stellt klar, der "Traum vom Ständehaus" sei noch nicht geplatzt. Mit der Ergänzungsvorlage werde dem Parlament ein Lösungsvorschlag unterbreitet.

Vorsitzender Leo Dautzenberg kritisiert in dem Zusammenhang, es könne im Sinne des Landes nicht hingenommen werden, wenn die Stadt Düsseldorf auf der einen Seite fordere, daß mit dem Ständehaus nun etwas geschehen müsse, sie aber auf der anderen Seite über Planungsrecht entsprechende Absichten zunichte mache. - **StS Gerlach (FM)** entgegnet, es gebe eine Reihe von Problemen bei der Realisierung der Pläne. So z. B. auch die Verlagerung von Nutzungen. Die Landesregierung suche eine Lösung, wie sie vor allem eine zeitliche Brücke schlagen könne, um die Ständehauspläne entsprechend realisieren können.

Einzelplan 20 Allgemeine Finanzverwaltung

Vorsitzender Leo Dautzenberg weist zunächst auf die Vorlage 12/922 hin und möchte vor dem Hintergrund spekulativer Vorboten in der Presse Einzelheiten zur anstehenden Steuerschätzung erfahren und eine Antwort auf die Frage hören, warum bereits regionalisierte Ergebnisse genannt würden, auf die man bislang 14 Tage nach Bekanntgabe der Steuerschätzung habe warten müssen.

StS Gerlach (FM) antwortet, gegenwärtig gebe es weder eine präzise Kalkulation über die Steuerausfälle noch ein Herunterrechnen auf die regionale Ebene. Das halte niemanden

davon ab, in Fortschreibung entsprechender Teilungsfaktoren seine Ausfälle anhand der spekulativ genannten Summen herunterzurechnen.

Dem Vorhalt von **Winfried Schittges (CDU)**, daß es in einer solchen Situation, da die Zeitungen über die Steuerschätzung bereits berichteten, eigentlich möglich sein müßte, genauere Informationen zu geben, begegnet **StS Gerlach (FM)** mit der Aussage: Spekulation bleibe aber Spekulation.

Vorsitzender Leo Dautzenberg bezieht sich auf den Bonner Beschluß zur Vermögensteuer, der für das Land ohne Gegenfinanzierung 2,4 Milliarden DM und mit Gegenfinanzierung 1,2 Milliarden DM bedeute. Laut eines Zitats rechne Finanzminister Schleußer mit einer Anpassung aus der Steuerschätzung um 600 Millionen DM. - Die Größenordnungen bei der Vermögensteuerung seien bekannt, äußert **StS Gerlach (FM)**. Hinsichtlich der Anpassung aus der Steuerschätzung lasse sich gegenwärtig ebenfalls nur spekulieren.

Haushaltsgesetz

Vorsitzender Leo Dautzenberg weist vorab auf die **Vorlage 12/937** zu den Garantierichtlinien für Bürgschaftsfälle hin und merkt an, die Frage, ob die Änderung des Haushaltsgesetzes bezüglich der Garantierichtlinien so wie für 1997 vorgeschlagen akzeptiert werden könne, werde der Ausschuß in der nächsten Sitzung beraten. Hierzu gebe es noch eine offene Frage von Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE); die CDU-Fraktion habe ebenfalls noch Beratungsbedarf.

Abschließend hält der Vorsitzende fest, daß die Ergänzungsvorlage, die nach Auskunft eines Ministeriumsvertreters am 19.11.1996 im Kabinett behandelt werde, spätestens am 22.11.1996 für eine ordentliche Beratung vorliegen müsse.

2 Noch nicht genehmigte über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben im Rechnungsjahr 1994

Antrag des Finanzministers

Vorlage 12/753

Beratungsergebnis des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Vorlage 12/890

(siehe Beschlussteil)